

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

Beschluss der 32. Ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz

am Samstag, 2. März 2013

in der Waschhaus Arena, Schiffbauergasse 5, 14467 Potsdam



1 Für eine tierechte Landwirtschaft!

2 Industrielle Massentierhaltung schadet Tier, Mensch und Umwelt

3 Das System der industrialisierten, exportorientierten Massentierhaltung muss schnellstmöglich
4 abgeschafft werden – denn die riesigen Mastanlagen verursachen erhebliches Tierleid,
5 schädigen Umwelt und Klima und werden zunehmend auch zu einer gesundheitlichen Gefahr
6 für den Menschen.

7 Natürlich gibt es Landwirte, die sich um tierechte Bedingungen bemühen. Die Zustände in
8 der immer stärker wachsenden industriellen Massentierhaltung sind hingegen oft katastrophal:
9 So hat beispielsweise ein 110 Kilo schweres Mastschwein nur einen gesetzlich vorgeschriebenen
10 Mindestlebensraum von 0,75 Quadratmetern. Ferkel werden noch immer ohne Betäubung
11 kastriert, Hühnern werden die Schnäbel abgeschnitten, Kälbern die Hörner weggebrannt und
12 Hähnchenküken lebendig geschreddert.

13 Auch die Umweltschäden durch die industrielle Massentierhaltung sind beträchtlich: Die enorme
14 Menge Gülle aus den Tierfabriken kann kaum fachgerecht ausgebracht werden. Zudem sind die
15 rechtlichen Verordnungen hierfür mangelhaft, denn vor allem der Stickstoff aus der Gülle kann
16 Böden und Wasser mit Nitrat verseuchen. Das bedroht Tier- und Pflanzenwelt. Die Artenvielfalt
17 auf den Wiesen nimmt ab und aus artenreichen, bunten Wiesen werden durch Überdüngung
18 solche, auf denen sich fast ausschließlich Gras halten kann.

19 Die industrielle Massentierhaltung hier in Europa hat aber auch globale ökologische
20 Auswirkungen. In Entwicklungsländern werden für „unser“ Fleisch jedes Jahr Millionen Hektar
21 Wald gerodet, viele davon für den Anbau von Futterpflanzen. Treibende Kraft ist die große
22 Nachfrage nach Importfutter, denn der Futterbedarf von hunderttausenden Tieren in den
23 Produktionsanlagen kann regional nicht mehr gedeckt werden. Schon heute wandern 30
24 Prozent der Weltgetreideernte in die Futtertröge der Intensivtierhaltung. Damit führt diese
25 Produktionsweise paradoxerweise zu mehr statt weniger Hunger in der Welt. Auch die
26 Verfütterung von Import-Soja statt Getreide ist problematisch, denn es wird mit hohem
27 Pestizid-Einsatz (vorzugsweise Glyphosat) erzeugt; zudem kommen nach Studien des
28 Umweltverbands WWF zu über 80 Prozent gentechnisch veränderte Sorten zum Einsatz.

29 Insgesamt sind die massive Abholzung von Wäldern, die zusätzlichen Emissionen aus den
30 Transporten sowie die Verdauung der Millionenbestände an Rindern und Schafen aus der
31 Intensivtierhaltung für 18 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das ist
32 ein höherer Beitrag zum Klimawandel als der des weltweiten Automobilverkehrs.

33 Zudem fürchten viele VerbraucherInnen beim Fleischverzehr inzwischen um ihre Gesundheit –
34 zu Recht, denn Massentierhaltung ist längst ein gesellschaftliches Großrisiko. Nur ein massiver

35 Einsatz von Antibiotika verhindert, dass bei mehreren Tausend Tieren in einem Stall Krankheiten
36 ausbrechen; eine Einzelbehandlung erkrankter Tiere ist in diesem System praktisch nicht
37 vorgesehen. Das hat seinen Preis, denn immer mehr auch für Menschen gefährliche Keime
38 werden so resistent gegen Antibiotika. Jüngsten Untersuchungen des Bund für Umwelt und
39 Naturschutz Deutschland (BUND) zufolge finden sich in über 50 Prozent des bundesweit in
40 Supermärkten gekauften Hähnchenfleisches aus „Tierfabriken“ Antibiotika-resistente Keime.

41 **Landesregierung fördert Massentierhaltung**

42 Nachdem in Brandenburg nach der Wende ein erheblicher Teil der Tierbestände abgebaut
43 wurde, nimmt die Zahl der Tiere in den letzten Jahren wieder rasch zu. Dabei dominiert jedoch
44 nicht die bäuerlich geprägte Landwirtschaft, sondern Großinvestoren investieren in den dünn
45 besiedelten Regionen Brandenburgs in die Geflügel- und Schweinemast. Mit den vorgesehenen
46 Projekten werden zudem kaum Arbeitsplätze geschaffen, denn die hochtechnisierte industrielle
47 Tierhaltung kommt mit vergleichsweise wenig Personal aus. Laut einer Recherche der
48 bündnisgrünen Bundestagsfraktion im Januar 2013 wurden so allein in den letzten vier Jahren in
49 Brandenburg 3,5 Millionen Hähnchenmastplätze beantragt, davon sind über 1,5 Millionen
50 schon bewilligt. Und auch die bundesweit größte Einzelanlage für Puten – bei denen es keine
51 Haltungsverordnung gibt, die festlegt, wie viel Platz eine Pute mindestens haben muss – liegt
52 mit 113.500 Tierplätzen in Brandenburg.¹

53 Leider steht die Brandenburger Landesregierung klar auf der Seite des Agrobusiness und der
54 industriellen Massentierhaltung. Sie schweigt nicht nur zu den Missständen, sondern sie setzt
55 sich auch aktiv für deren Ausbau ein, indem sie z. B. im Bundesrat aktiv Hühnerkäfige und
56 winzige Kastenstände für Sauen unterstützt oder, wie beispielsweise in Haßleben,
57 niederländischen Großinvestoren gestattet, Massentieranlagen zu bauen. Hintergrund für das
58 vermehrte Interesse niederländischer Investoren am Bau neuer Anlagen ist übrigens, dass die
59 dortige Regierung nach jahrzehntelanger Intensivtierhaltung inzwischen die Gefahren für
60 Mensch, Tier und Umwelt erkannt hat und für den Abbau von Tierplätzen im eigenen Land
61 zahlt. Auch mit diesen Abbau-Prämien werden nun in Brandenburg neue Anlagen aufgebaut.
62 Die niederländischen Fehler drohen, sich hier zu wiederholen.

63 Die Landesregierung stellt sich mit ihrer Politik gegen einen großen Teil der Bevölkerung, denn
64 diese erwartet längst eine artgerechte Tierhaltung. Sie protestiert von Haßleben über
65 Münchehofe bis Strausberg gegen den Bau von Massentierhaltungsanlagen. Durch die
66 Demonstration zur diesjährigen Internationalen Grünen Woche in Berlin wurde auch die
67 bundesweite Ablehnung der industriellen Massentierhaltung deutlich: 25.000 Menschen aus der
68 ganzen Republik und zum Teil sogar aus dem benachbarten Ausland demonstrierten gegen die
69 Zustände in der Agrarindustrie und für eine ökologische Landwirtschaft.

70 **Bündnisgrüne Alternative: eine tiergerechte, umweltschonende und flächengebundene** 71 **Tierhaltung in Brandenburg**

72 Wir Bündnisgrüne engagieren uns in den Parlamenten und vor Ort gemeinsam mit unseren
73 Bündnispartnern gegen die industrielle Massentierhaltung. Wir nehmen die ethischen,

¹ Die Googlemaps-Karte des BUND gibt einen Überblick über einen Teil der brandenburgischen Anlagen: www.bund-brandenburg.de/themen_projekte/massentierhaltung

74 gesundheitlichen, ökologischen und kulturellen Konsequenzen dieser Produktionsweise nicht
75 hin, sondern setzen der verfehlten Politik der Landesregierung unsere eigene an der bäuerlichen
76 Landwirtschaft ausgerichtete Vision von Landwirtschaft entgegen: Wir streben mittelfristig für
77 ganz Brandenburg eine ökologische Landwirtschaft nach anspruchsvollen Standards an, die
78 über das EU-Bio-Siegel hinausgehen, – mit regionalen Kreisläufen und damit auch mehr
79 regionaler Wertschöpfung sowie mit einer Vielfalt von Nutztierarten statt der alleinigen
80 Nutzung von Standardrassen. Wir setzen auf Klasse statt Masse und ein faires Bündnis zwischen
81 VerbraucherInnen und LandwirtInnen. Unser Ziel ist dabei eine zukunftsfähige Tierhaltung, die
82 tiergerecht, umweltschonend und flächengebunden funktioniert.

83 Wir erwarten insbesondere von Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger und
84 Umweltministerin Anita Tack, dass sie im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, Tieren und
85 Umwelt das Elend in den „Tierfabriken“ endlich beenden. Wir Bündnisgrüne wollen eine
86 vollständige Abkehr von der industriellen Massentierhaltung.

87

88 Dazu fordern wir:

89 **1. Mehr Tierschutz**

90 Die Landesregierung muss auf strenge Tierschutzregeln auf Bundesebene drängen; das vor
91 kurzem beschlossene „Tierschutzgesetz“ verdient seinen Namen nicht und muss dringend
92 überarbeitet werden. Denn wenn alle Eingriffe am Tier, die nur der Anpassung an die
93 Haltungsbedingungen dienen und medizinisch nicht notwendig sind (wie bspw. das
94 Ausbrennen der Hörner bei Kälbern), verboten werden, reduziert das bei gegebenen
95 Stallgrößen auch automatisch die maximale Anzahl der Tiere in Ställen. Ziel eines neuen
96 Tierschutzgesetz muss es sein, die Haltungsbedingungen an die Tiere anzupassen und nicht
97 umgekehrt.

98 **2. Änderung von Baugesetzbuch und Immissionsschutzrecht**

99 Landwirtschaftliche Betriebe haben laut Baugesetzbuch (BauGB) das Privileg, auch außerhalb
100 von Gemeinden bauen zu dürfen. Um den Bau großer Massentierhaltungsanlagen zu
101 verhindern und darüber hinaus den Neubau kleinerer Anlagen auf ein standortverträgliches
102 Maß zu begrenzen, wollen wir dieses Privileg einschränken bzw. zum Teil außer Kraft setzen:
103 Anlagen, die auf Grund ihrer Größe eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz
104 benötigen würden, wollen wir vollständig von diesem Bauprivileg ausschließen. Zudem wollen
105 wir die Genehmigungsgrenzen im Bundesimmissionsschutzgesetz senken. Darüber hinaus sollen
106 kleinere Anlagen, die nicht unter das Bundesimmissionsschutzgesetz fallen, nur noch dann
107 privilegiert werden, wenn mehr als 50 Prozent des Futters für die Anlagen aus der Region
108 kommen und Reststoffe wie Gülle, Stroh etc. auch im Landwirtschaftsbetrieb selbst verwertet
109 werden. Diese „flächengebundene Tierhaltung“ mit regionalen Kreisläufen muss wieder zur
110 Regel werden.

111 **3. Vorgaben für den Brandschutz**

112 Wir wollen einen echten Brandschutz für Mastanlagen, denn hier sparen die Investoren auf
113 Kosten der Tiere. Hierfür muss die Landesregierung genaue landesweite Vorgaben für
114 Tierrettungspläne und bauliche Veränderungen, wie Rettungspferche, einführen.

115 **4. Maßnahmen gegen den Antibiotikamissbrauch**

116 Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene den bündnisgrünen Forderungen
117 für ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen den Antibiotikamissbrauch anzuschließen. Zu
118 diesen Maßnahmen gehören vor allem: eine Untergrenze für Mast-Zeiten (derzeit werden
119 Antibiotika auch eingesetzt, um die Mastzeit der Tiere deutlich zu verkürzen), ein Verbot der
120 Mengenrabattierung für Antibiotika im Nutztierbereich (bisher wird belohnt, wer große Mengen
121 abnimmt), eine lückenlose Dokumentation der Antibiotika-Nutzung (jede tierärztliche
122 Verschreibung von Antibiotika sollte zentral und den Kontrollbehörden der Länder zugänglich
123 erfasst werden) und ein Vorrang der Einzeltierbehandlung bei Krankheiten (derzeit werden oft
124 „präventiv“ alle Tiere in einem Bestand mit Antibiotika behandelt). Nur so lassen sich weiteres
125 Tierleid und die Entstehung von Antibiotika-Resistenzen wirksam vermeiden.

126 **5. Faire Preise für Fleisch**

127 Die bisherigen „Spielregeln“, die Markt- und Förderbedingungen befördern es, zu Lasten des
128 Tierschutzes, der Umwelt und der Qualität sehr billiges Fleisch zu produzieren. Dieser Preisdruck
129 verdrängt Anbieter, die Tierschutz, Umweltschutz und Qualität beachten. Der jüngst bekannt
130 gewordene Betrug der Verbraucher/innen mit Pferdefleisch hat wieder einmal gezeigt, dass das
131 Schlüsselproblem der immer wieder auftretenden Lebensmittelskandale der stetig anonymer
132 werdende Lebensmittelmarkt und die Dominanz der europaweit verzahnten Agrar-
133 Industriekomplexe auf diesem Markt sind. Dieser Markt lässt sich kaum noch kontrollieren. Zudem
134 entzieht sich dieser Markt immer stärker der demokratischen Kontrolle, weil der Verbraucherschutz
135 eine zu geringe Lobby in den europäischen Institutionen hat. Die Schutzgesetzgebung wird bislang
136 erst dann verstärkt, wenn durch einen Skandal der öffentliche Druck es erzwingt.

137 Wir fordern eine Verschärfung der europäischen und nationalen Kontroll- und Schutzregeln und
138 wissen, dass damit nicht nur die Fleischqualität, sondern auch die Preise steigen werden. Angesichts
139 der Tatsachen, dass ein großer Teil der deutschen Nahrungsmittelproduktion weggeworfen
140 wird, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung einen deutlich niedrigeren durchschnittlichen
141 Fleischkonsum empfiehlt, Deutschland im europäischen Vergleich die niedrigsten
142 Lebensmittelpreise hat und weniger Fleischkonsum ein wichtiger Beitrag zum Klima- und
143 Gesundheitsschutz wäre, halten wir einen Preisanstieg jedoch für vertretbar und werben für
144 einen bewusst geringeren Fleischverzehr. Wir Bündnisgrünen unterstützen Organisationen von
145 VerbraucherInnen und LandwirtInnen, die sich für regionale Wertschöpfung engagieren. Zudem
146 müssen Programme für Qualitätsfleisch aufgelegt werden, die diesen Namen auch verdienen.

147 **6. Wiedereinführung der Förderung für die Umstellung auf Ökologische Landwirtschaft**

148 Landwirtschaftliche Betriebe müssen von Landesseite aus wieder finanziell bei der Umstellung
149 auf ökologische Landwirtschaft unterstützt werden. Im rot-roten Koalitionsvertrag wurde noch
150 festgehalten, dass der Ausbau regionaler und lokaler Verarbeitungs- und
151 Vermarktungsstandorte und -ketten gefördert werden soll, um den Bedarf an regionalen (Bio-)
152 Produkten in Berlin und Brandenburg in zunehmendem Maß aus Brandenburg zu decken.
153 Faktisch aber ist Brandenburg das einzige Bundesland, das diese an die EU-Agrarförderung
154 gekoppelte Umstellungsförderung abgeschafft hat.

155 **7. Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände**

156 Für anerkannte Tierschutzverbände und -vereine soll ein Verbandsklagerecht gesetzlich
157 verankert werden, damit sie die Interessen der Tiere erforderlichenfalls auch vor Gericht geltend

158 machen und einklagen können. Zugleich soll anerkannten Tierschutzverbänden und -vereinen
159 die Mitwirkung an tierschutzrelevanten Rechtsetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes
160 ermöglicht werden.

161 **8. Eine andere EU-Agrarinvestitionsförderung**

162 Die Änderung der Agrarinvestitionsförderung ist aufgrund ihres enormen Volumens ein
163 wesentlicher Schlüssel zur Umgestaltung der Landwirtschaft. Die Landesregierung muss sich
164 daher mit voller Kraft für mehr Umwelt- und Tierschutz bei der derzeitigen Reform der
165 gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) einsetzen. Wir wollen eine Reform der
166 europäischen Agrarpolitik, die die direkten Beziehungen von Erzeugern und VerbraucherInnen
167 stärkt, nachhaltig ist und den Tierschutz stärkt. Auch alle Landesprogramme innerhalb der
168 2. Säule der EU-Agrarpolitik, die von der EU kofinanziert werden, müssen darauf ausgerichtet
169 werden, dass nur extensive Tierproduktion und Freilandtierhaltung gefördert werden. Der Bau
170 und die Erweiterung von Mastanlagen sollen grundsätzlich nicht mehr förderfähig sein.

171 **9. Entscheidungsfreiheit der VerbraucherInnen stärken**

172 Nur wer gut informiert ist, kann sich für eine gesunde Ernährung entscheiden. Grundsätzlich
173 sind die VerbraucherInnen auch bereit, höhere Preise zu zahlen. Wir fordern einen präventiven
174 Verbraucherschutz durch eine umfassende Kennzeichnungspflicht von Fleisch (analog zur
175 Kennzeichnung von Eiern), aus der die VerbraucherInnen Herkunft, einschließlich der Option
176 für eine regionale Herkunftskennzeichnung, Haltungsform und Wirtschaftsweise ablesen
177 können – und die damit über das neue, aus unserer Sicht nicht ausreichende Tierschutzlabel
178 hinausgeht. Darüber hinaus braucht es eine öffentliche Aufklärungskampagne zu den
179 gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums und den Möglichkeiten
180 nachhaltiger Ernährung. Schon in Kitas und Schulen wollen wir die Ernährungsbildung stärken,
181 damit das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung von Beginn an mitwächst. Dazu soll auch
182 ein wöchentlicher Veggie-Day in öffentlichen Kantinen dienen, an dem nur oder zumindest
183 überwiegend vegetarisches Essen angeboten wird.